Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 277 — Freitag, 16. Juni 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr: in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 30,— M., vierteljährlich 90,— M.

Anzeigen-Preise: Die 1spaltige 32 mm breite Zeile 7,— M., außerhalb Sachsens 8,— M. Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1spaltige An- und Verkäufe die Zeile 5,— M. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes 1,— M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Hilfsaktionen für Oesterreich.

Erleichterungspläne der Botschafterkonferenz zugunsten Oesterreichs.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 14. Juni. Die Botschafterkonferenz hat beschlossen, an die Gläubigerstaaten Oesterreichs zu interpellieren, um von ihnen zu verlangen, daß sie während 20 Jahre auf ihre Privilegien verzichten, um die sofortige Anwendung des Kreditsystems für Oesterreich zu ermöglichen.

Der moralische Zusammenbruch der österreichischen Bevölkerung.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 14. Juni. Der Vertreter der „Liberté" in Wien hatte eine Unterredung mit dem Bundeskanzler Dr. Seipel, der sich darüber beschwerte, daß die Kreditfrage an Oesterreich, die in Paris und London angeschnitten worden sei, noch immer keine endgültige Lösung gefunden habe. Die verhängnisvolle Verzögerung, sagte er, ist nur allzu klar. Es erscheint mir noch wichtiger als jemals, daß jetzt eine endgültige Entscheidung getroffen wird, wenn man nicht den ganzen Erfolg in Frage stellen will. Der neue Sturz der Krone ist zweifellos ein sicheres Anzeichen dafür, aber die wirkliche Katastrophe ist nicht so sehr der Zusammenbruch der Währung, als derjenige der Moral der österreichischen Bevölkerung. Der Bundeskanzler malte dann ein sehr scharfes Bild der augenblicklichen Geistesverfassung in Oesterreich und sagte, von dem Sturz der österreichischen Währung stammten diese zahlreichen Angstgerüchte, die einen so großen Einfluß in allen Kreisen der Gesellschaft ausübten, sogar das Parlament sei von diesem Gefühl der Angst ergriffen. Eine Erschwerung dieser üblen Stimmung wäre der Tod des Landes, und das muß um jeden Preis verhindert werden. Er selbst werde den Mut nicht verlieren und, solange noch eine Aussicht zu Verhandlungen und zur Rettung da sei, den notwendigen Optimismus für energische Entschlüsse behalten. Im übrigen meinte er, daß die innerpolitische Stimmung sich wohl bessern werde. Anzeichen dafür seien vorhanden. In kurzer Zeit werde man zu einer Entspannung gelangen. Man habe jetzt etwas mehr Boden unter den Füßen gefunden. Durch die Kredite von 220 Milliarden Kronen sei auch der Weitergang der Regierungsmaschine gewährleistet. Politisch sei die Lage günstiger, aber die wirtschaftliche Krise laste sehr schwer auf der Bevölkerung.

Die versteckten Absichten der Tschecho-Slowakei auf Oesterreich.

Prag, 15. Juni. Einem Redakteur des „Prager Tageblattes" ist an maßgebender Stelle über die Stellung der Tschecho-Slowakei zur gegenwärtigen Krise Oesterreichs gesagt worden: Die Prager Politiker glauben das einzig rettende Mittel in folgenden Maßnahmen zu sehen: Nach Gestaltung der Dinge dürfte Oesterreich außerstande sein, die unentbehrlichen Vorkehrungen zur Sanierung des Staatsbetriebes zu treffen. Das erste, was also getan werden muß, ist Einsetzung einer internationalen Kommission, die die Verwaltung des Staates zu übernehmen und alle Vorkehrungen zu treffen hat, die zur Gesundung der Finanzen erforderlich sind. Die Initiative zur Einberufung dieser Kommission müßte von der Wiener Regierung ausgehen. Würde sie sich dann an die Prager Regierung wenden, so würde diese sich vermutlich bereit erklären, die österreichische Regierung in dieser Beziehung zu unterstützen. Sonst irgendwie einzugreifen, würde die Tschecho-Slowakei durchaus ablehnen. Alle Nachrichten, die darüber in die Welt gesetzt wurden, so jene über eine angebliche militärische Intervention im Falle des Ausbruchs von Unruhen oder überhaupt über eine aktive Politik, welcher Art immer, sind falsch. Eine der wesentlichsten Funktionen der internationalen Kommission wäre:

1. Die genaue Festlegung der Währung.
2. Der Abbau des Beamtenkörpers.

An diese beiden Akte müßte sich ein ausreichender Auslandskredit anschließen, der mit Sicherheit gewährt werden würde. Bei der heutigen Lage Oesterreichs ist ein solcher Kredit kaum zu erwarten. Ueber den Anschluß an Deutschland sollten ernste Leute nicht sprechen.

Ein neues amerikanisches Hilfswerk für Deutschland und Oesterreich.

Berlin, 15. Juni. Auf dem Kongreß in Chicago, auf dem Vertreter fast aller Zweigvereine des Deutschamerikanischen Hilfsausschusses versammelt waren, ist ein neues Hilfswerk beschlossen worden. Es soll eine Sammlung veranstaltet werden von mindestens 3 Millionen Dollar, deren Ertrag den darbenden und unterernährten Kindern im Deutschen Reiche und in Deutschösterreich in den nächsten drei Jahren zufließen soll. 60 Prozent sollen nach Deutschland, 20 Prozent nach Oesterreich gehen und 20 Prozent vorläufig zurückbehalten werden. Mit dem Restbetrage soll bei besonderen Unglücksfällen der alten deutschen Heimat beigesprungen werden. Die bewährte Organisation des Hilfswerkes bleibt die alte. Die gesammelten Mittel werden durch das Hilfskomitee in Neuyork an das Deutsche Rote Kreuz in Berlin weiterbefördert.

Einladung Löbes an Bauer.

Berlin, 15. Juni. Im Namen des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes richtete der Reichstagspräsident Löbe an das Mitglied des österreichischen Nationalrates Otto Bauer ein Telegramm, in dem er erklärte, daß der Volksbund mit großem Interesse von dem Wirtschaftsplan Bauers Kenntnis genommen habe, und Bauer einlade, ehestens in Berlin vor einem Kreise von Politikern und Wirtschaftlern der verschiedensten Parteien seinen Plan zur Diskussion zu stellen. (W. T. B.)

Vor der Ratifizierung des Räumungsabkommens.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 15. Juni. Das deutsch-polnische Räumungsabkommen wird heute voraussichtlich unterschrieben werden. Die Räumung beginnt erst nach erfolgter Notifikation.

Der Schutz der deutschen Minderheit in Polnisch-Oberschlesien.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 15. Juni. Auf eine Anfrage wegen der Wahlordnung zum künftigen polnischen Reichstag, die eine weitgehende Verkürzung der staatsbürgerlichen Rechte der deutschen Minderheiten in Polen bedeuten würde, ist seitens des Auswärtigen Amtes schriftlich geantwortet worden:

Da es bei der Wahlordnung sich um eine innerstaatliche Angelegenheit Polens handelt, hat die deutsche Regierung, besonders mit Rücksicht darauf, daß die endgültige Fassung der Vorlage stark umstritten ist, bisher davon abgesehen, die Bestimmungen, die sich in der Richtung einer Beeinträchtigung der staatsbürgerlichen Betätigung der deutschen Minderheit auswirken werden, zum Gegenstand eines diplomatischen Schrittes zu machen. Für Polnisch-Oberschlesien würde diese Wahlordnung gegebenenfalls eine Verletzung des Artikels 76 des jetzt ratifizierten deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien darstellen. Die deutsche Regierung verfolgt deshalb die weitere Entwicklung mit gespannter Aufmerksamkeit und wird im gegebenen Zeitpunkt mit den Handhaben, die das oberschlesische Abkommen bietet und den völkerrechtlich anerkannten Mitteln für die Rechte der deutschen Minderheit eintreten.

Ueberführung oberschlesischer Gefangener in das besetzte Rheinlandgebiet.

(Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 15. Juni. Die Streitfrage wegen der politischen Gefangenen in Oberschlesien ist beigelegt. Poincaré hatte seinerzeit in der Kammer davon gesprochen, daß die Gefangenen in das Ausland übergeführt werden sollen. Es ist nun eine Regelung gelungen, wonach die deutschen Gefangenen in das besetzte Rheinlandgebiet übergeführt werden. Die Aburteilung soll durch deutsche Gerichte in dem besetzten Gebiet erfolgen.

Rücksichtslose Forderungen der Entente.

Berlin, 15. Juni. Wie aus Cuxhaven gemeldet wird, fordert die Entente, daß die Wälle des Minendepots Groden binnen vier Monaten niedergelegt werden müssen. Die Fortschaffung der Erdmengen würde allein schon dem Reiche 800 000 Mk. Kosten verursachen.

Amerikas unwirksamer Einfluß auf Frankreich.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Neuyork, 15. Juni. Die Nachricht über den Fehlschlag der Anleiheverhandlungen hat den Blättern Anlaß zu Betrachtungen gegeben, die darin gipfeln, daß die amerikanische Finanzwelt von dem Resultat nicht überrascht wurde. Man war seit der letzten Unterbrechung der Pariser Verhandlungen vollkommen darüber orientiert, daß Frankreich auf eine Herabsetzung der Entschädigungsforderungen nicht eingehen werde. Die Regierung unterhielt dauernd einen sehr regen Depeschenwechsel mit Paris, der sich darum drehte, der französischen Regierung die Folgen des in Aussicht stehenden Fiaskos vorzuhalten. Der Einfluß muß aber in Paris nicht gewirkt haben. Ein Bericht Morgans traf bisher nicht in Washington ein. Die „World" schreibt: Es war eine politische Frage, womit sich die Finanzleute befassen mußten; da sie darin keine Freiheit des Handelns besaßen, kann uns das Resultat nicht in Erstaunen versetzen. Wir kennen die europäische Politik und müssen immer wieder feststellen, daß es für uns besser ist, wenn wir keinen Anteil daran nehmen, so lange die Führer der Politik an ihren veralteten Bekenntnissen festhalten.

Tschitscherins Vertrag mit Italien von Rußland abgelehnt.

Berlin, 15. Juni. „Nuß-Preß" meldet: Der Rat der Volkskommissare hat am 9. Juni über den in Genua mit der italienischen Regierung abgeschlossenen Vertrag einstimmig beschlossen:

1. **Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten (Tschitscherin) wird beauftragt, der italienischen Regierung mitzuteilen, daß der Rat der Volkskommissare den in Genua am 24. Mai von Krassin und Tschitscherin mit Italien abgeschlossenen Vertrag nicht ratifizieren kann;** denn dieser Vertrag steht in augenscheinlichem Gegensatz zu dem Beschluß der letzten Konferenz des allrussischen Zentral-Exekutivkomitees. Das Komitee hat genau genug die Grundlagen festgesetzt, unter welchen die Sowjetregierung Verträge mit einzelnen Staaten abschließen darf.

2. Der Rat der Volkskommissare fordert das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten auf, die Verhandlungen mit der italienischen Regierung zwecks Vorbereitung eines annehmbareren Vertrages, der von der nächsten Konferenz des Zentral-Exekutivkomitees ratifiziert werden kann, aufzunehmen.

Stinnes im Haag.

Haag, 15. Juni. Stinnes ist hier eingetroffen.

Die Christliche Elternschaft für das Volksbegehren.

Vom Landesverband der Christlichen Elternvereine Sachsens erhalten wir die folgenden Ausführungen:

„Vom 6. bis 19. Juni liegen die Listen zur Eintragung für das Volksbegehren auf Auflösung des jetzigen Landtages aus.

Wie steht die christliche Elternschaft hierzu?

Der Landesverband hat in einer eigens zu dieser Frage einberufenen Sitzung seines Vorstandes am 20. April 1922 seine Stellung dahin genommen, daß die christliche Elternschaft kein Interesse daran hat, daß der jetzige Landtag weiter amtiere. Der Wortlaut der Entschließung ist in der Presse veröffentlicht worden.

Es gilt hier, sich an folgende weitere Tatsachen zu erinnern:

1. Der jetzige Landtag hat auf dem Gebiete der Kulturfragen die gleichen Bahnen eingeschlagen, wie sein Vorgänger. Er hat wie dieser die Rechte der christlichen Elternschaft mit Füßen getreten, sodaß die letzten dreiundeinhalb Jahre für die christliche Elternschaft Sachsens einen wahren Leidensweg bedeuten. Von der Dezemberverordnung des damaligen Volksbeauftragten Buck im Jahre 1918 an, wodurch der Religionsunterricht unter Beseitigung des Katechismusunterrichtes auf zwei Stunden beschränkt, der Schuldirektor abgesetzt und unser einst so reichgegliedertes, hochentwickeltes Schulwesen einer überidealen Gleichmacherei zu Liebe zerschlagen wurde, ohne gleichwertigen Ersatz für das Zerstörte bieten zu können, hinüber über das elternfeindliche Uebergangsschulgesetz des früheren Zschopauer Seminardirektors und Kultusministers Seyferth, welches diese Fäden fortspann und die bisherigen Verordnungen in Gesetzesform kleidete, die Lehrerschaft aber statt des reichsgesetzlich vorgeschriebenen Verhältniswahlrechts mit dem vorsintflutlichen Wahlrecht nach einfacher Stimmenmehrheit für die Wahl zum Schulleiter in die Schulausschüsse, in den Bezirksausschuß usw. beglückte, bis zur kürzlichen Bußtagsverordnung des augenblicklichen Kultusministers Fleißner und seinem Schulbedarfsgesetzentwurf, durch welchen das Zerstörungswerk an unserem Volksschulwesen vollendet werden soll und durch welches den Gemeinden und damit der Elternschaft der letzte Rest von Einfluß auf die Besetzung der Lehrerstellen genommen werden soll, zieht sich wie ein einheitlicher roter Faden das Bestreben,

a) die Schule zu einem politischen Kampf- und Zwangsmittel in der Hand der jeweils herrschenden Parlamentsmehrheit zu machen,

b) zu diesem Zwecke die Elternschaft sowohl wie die politischen Gemeinden, welche nur noch zum Geldhergeben gerade gut genug sein sollen, von jedem nur irgendwie maßgebenden Einfluß auf die Schule auszuschließen;

c) die Lehrerschaft aber zu willenlosen, gefügigen Werkzeugen in der Hand der jeweiligen Regierung herabzuwürdigen, weshalb der Lehrer, ohne gehört zu werden, jederzeit soll versetzt werden können, wenn es seine oberste Dienstbehörde für nötig hält.

2. Unter einer solchen Politik hat unser einst so hoch entwickeltes Schulwesen aufs schwerste gelitten. Durch die Zerreißung der Schulen nun die sogenannte allgemeine Volksschule herbeizuführen und durch das Bestreben, den Gesamtunterricht möglichst auszudehnen und den Gedanken der vielangepriesenen Arbeitsschule zu verwirklichen, ist unser Volksschulwesen Experimenten ausgesetzt worden, durch welche der Bildungsgrad erheblich herabgedrückt worden ist. Man kann sagen, es herrscht heute allgemein eine Volksschulnot. Das Vertrauen der Elternschaft zur Schule ist schwer erschüttert. Der Schulzwang wird immer lästiger und drückender empfunden. Wer die Mittel aufbringen kann, sucht seine Kinder möglichst bald Realschulen, Privatschulen und ähnlichen Unterrichtsanstalten zuzuführen, um mit den unerquicklichen Verhältnissen, wie sie heute in den Volksschulen leider vielfach herrschen, nichts zu tun zu haben.

3. Der Kleinkampf, wie er ständig an den einzelnen Schulen unter den Augen und unter dem Schutze der derzeitigen Regierung gegen den christlichen Charakter der Schule — im Gegensatz zum Artikel 17 der Reichsverfassung! — sich abspielt, bedeutet eine stete Nadelstichpolitik gegen die christliche Elternschaft. Die Beschwerden dagegen bleiben fast regelmäßig erfolglos.

4. Am beklagenswertesten ist die Tatsache, daß die jetzigen Führer der sozialdemokratischen Parteien kein Verständnis für die Fragen der christlichen Schule zeigen, ja, daß sogar von Arbeitergewerkschaften und ihren Organisationen Geldmittel für den Kampf gegen die christliche Schule eingestellt und verwendet werden, obwohl gerade viele Angehörige der Gewerkschaften Mitglieder der christlichen Elternvereine sind und für eine christliche Erziehung ihrer Kinder eintreten. Das Volksbegehren gibt der christlichen Elternschaft das Mittel in die Hand, allen Kreisen, die es angeht, zu zeigen, daß die Kulturfrage der christlichen Schule anders behandelt und beachtet werden muß als bisher. Bei der Neuwahl des Landtages müssen von allen Parteien Männer als Kandidaten aufgestellt werden, welche anders als die bisherigen Abgeordneten dieser Frage die ihr gebührende Bedeutung beimessen und sich anders zu ihr einstellen. Gerade die Schulpolitik hat jedem Einzelnen gezeigt, daß man sich zu den Fragen des öffentlichen Lebens in dreifacher Weise einstellen muß, nämlich

a) nicht nur machtpolitisch, d. h. danach, welche Partei im Staate die innere Macht hat und nach ihren Grundsätzen die inneren und äußeren Machtfragen behandeln soll, und

b) nicht nur wirtschaftlich, d. h. danach, von welcher Partei man seine wirtschaftlichen Interessen am besten vertreten glaubt,